

**DER LANDRAT
DES LANDKREISES KARLSRUHE**



Karlsruhe, 22.11.2021

An den
Minister für Soziales, Gesundheit und Integration
des Landes Baden-Württemberg
Herrn Manne Lucha
Else-Josenhans-Straße 6
70173 Stuttgart

Sehr geehrter Herr Minister,

die Substitutionsversorgung im Landkreis Karlsruhe liegt bereits seit längerer Zeit brach. Folge ist, dass die Patientinnen und Patienten teilweise nicht mehr versorgt sind, teilweise in Richtung Karlsruhe, Heidelberg, Mannheim oder Heilbronn ausweichen und die dortige Substitutionsversorgung an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gelangt. Hinzu kommt, dass in dieser Situation die notwendige psychosoziale Betreuung nicht mehr gewährleistet werden kann, der Aufbau stabiler Lebensstrukturen, wie etwa auch die Aufnahme einer Arbeit, ist durch die Betroffenen kaum noch möglich.

Der Landkreis Karlsruhe hat über einen längeren Zeitraum sehr intensiv versucht, dezentrale Versorgungsstrukturen neu aufzubauen. Dies ist letztlich gescheitert. Es konnten keine Ärztinnen und Ärzte oder sonstige Ausgabestellen gefunden werden, die zu einer Übernahme dieser Aufgabe bereit gewesen wären.

Zusammen mit dem Zentrum für Psychiatrie in Wiesloch (ZfP) hat der Landkreis daher die Strategie verfolgt, dass das ZfP zunächst in Bruchsal eine Substitutionsambulanz mit 40 – 60 Plätzen aufbaut. Diese sollte als Kompetenzzentrum für Substitution fungieren, um das herum dann im nördlichen Landkreis unter Einbeziehung der Hausärztinnen und Hausärzte schrittweise wieder eine stabile dezentrale Versorgungsstruktur aufgebaut werden sollte.

Dieses Projekt wurde von uns zusammen mit dem ZfP als Musterprojekt beim Substitutionsgipfel in Stuttgart vorgestellt. Das Land hat diese Planung unterstützt, nicht zuletzt durch die Übernahmezusage für die notwendigen Investitionskosten.

Für diese bisherige Unterstützung sind wir Ihnen sehr dankbar, vor allem auch, weil wir nach wie vor davon überzeugt sind, dass mit dieser Strategie die Versorgungslage für Substitutionspatienten im nördlichen Landkreis Karlsruhe nachhaltig gesichert werden kann.

Aus diesem Grund hat sich der Landkreis Karlsruhe auch vorbehaltlich der Zustimmung durch den Kreistag dazu bereit erklärt, das aktuell kalkulierte Betriebskostendefizit der Substitutionsambulanz durch die Gewährung eines jährlichen Zuschusses auszugleichen. Dieser jährliche Zuschuss soll auch dem Umstand Rechnung tragen, dass die Substitutionsambulanz neben ihrer eigentlichen Substitutionsarbeit fachliche Ansprechpartnerin für die Ärztinnen und Ärzte im nördlichen Landkreis und Garant für ein funktionierendes Konsiliararztsystem wäre.

Jetzt haben wir erfahren, dass das ZfP sich von dem Projekt distanzieren will. Diese Entscheidung soll auch Thema im Aufsichtsrat des ZfP am 24.11.2021 sein.

Mit der geplanten Aufgabe des Projektes würden unsere Bemühungen um eine Lösung der desaströsen Versorgungslage für die Substitutionspatienten im nördlichen Landkreis Karlsruhe nach fünf Jahren zielgerichteter gemeinsamer Planung wieder auf Null zurückgeworfen.

Natürlich verstehen wir, dass die Rahmenbedingungen für die Zentren für Psychiatrie nicht einfacher werden. Auf der anderen Seite reduziert sich das wirtschaftliche Risiko durch den zugesagten Landkreiszuschuss erheblich. Es ließe sich aus unserer Sicht weiter reduzieren, indem die Patientenzahl von den in der Kalkulation des ZfP angenommenen 40 Patienten in Richtung von 60 Patienten erhöht würde.

Ein Hauptargument des ZfP gegen die Substitutionsambulanz ist die Schwierigkeit, geeignetes Fachpersonal für die Ambulanz zu gewinnen. Diesem Argument können wir uns natürlich nicht verschließen. Allerdings muss man berücksichtigen, dass die Kassenärztliche Vereinigung im nördlichen Landkreis Karlsruhe sehr aktiv mit den niedergelassenen Ärzten und Psychiatern im Dialog ist, um ggf. Synergien für die Ambulanz, beispielsweise über einen Teilzeiteinsatz in der Ambulanz oder über Vertretungsregelungen, zu finden.

Wir bitten Sie dringend, sich für eine zügige Umsetzung des Projektes einzusetzen, ansonsten würden unsere Bemühungen um eine Verbesserung der aktuell quasi nicht stattfindenden Substitutionsversorgung im nördlichen Landkreis Karlsruhe um Jahre zurückgeworfen, ohne dass realistische Alternativen zur Verfügung stehen würden.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Christoph Schnaudigel